

Hilmar Schulz, Kreistagsmitglied  
Luisenstr. 44  
46483 Wesel

Tel. 0163/8466369  
[info@hilmarschulz.de](mailto:info@hilmarschulz.de)  
[www.linksfraktion-kreiswesel.de](http://www.linksfraktion-kreiswesel.de)

---

**DIE LINKE.**  
**im Kreistag Wesel**

An Herrn Landrat  
Dr. Ansgar Müller  
An die Herren Fraktionsvorsitzenden  
der CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNE, VWG z.K.  
Frau Abel-Graap, z.K.

Sehr geehrter Herr Dr. Müller,  
hiermit stelle ich für die nächste Sitzung des Kreistages folgenden Resolutionstext zur Diskussion und Abstimmung:

Vorbemerkung:

Über tausend Erwerbslose sind über mehrere Wochen beim Internethändler Amazon angestellt worden und haben während dieser Zeit weiterhin Arbeitslosengeld II bzw. Arbeitslosengeld I erhalten. In der aktuellen Viertelstunde des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration im Landtag haben sich Abgeordnete von CDU, SPD, Grünen und der LINKEN von dieser Praxis geschockt gezeigt. Am darauffolgenden Tag hat der Abgeordnete Michael Scheffler (SPD) in einer Pressemitteilung verkündet, dass eventuell bestehende Gesetzeslücken, die Probearbeitsverhältnisse zu Lasten der Steuerzahler ermöglichen, schnellstens geschlossen werden müssen.

Auch der Arbeitsminister NRW, Guntram Schneider, verkündete, dass für den Fall, dass diese Praxis legal sei, auf die Geschäftspraxis der Bundesagentur für Arbeit eingewirkt werden müsse und die Bundesregierung das Gesetz so ändern müsse, dass sich solche „skandalösen“ Praktiken wie bei Amazon nicht wiederholen. In der Ausschusssitzung hat der Arbeitsminister zudem angekündigt, dass er sich dafür einsetzen wird, dass Beschäftigte, die nach einer Eingliederungszeit eingestellt werden, nachträglich den kompletten Lohn von der Firma ausgezahlt bekommen.

Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass Amazon lediglich die Möglichkeiten des SGB III nutzt und diese Praxis mit der lokalen Agentur für Arbeit abgestimmt hat. Die Praxis ist also legal und wird offensichtlich im großen Umfang von den Unternehmen in Kooperation mit den Agenturen für Arbeit genutzt. Die Aussagen des SPD-Abgeordneten, Michael Scheffler, und der Arbeitsministers, Guntram Schneider machen aber deutlich, dass dies die Vorgänge nicht weniger skandalös macht.

## Resolution des Kreistags Wesel an die Landesregierung NRW

Der Kreistag Wesel missbilligt das Vorgehen der Firma Amazon in Rheinberg.

Die Praxis, Erwerbslose bei Tätigkeiten, die aller Erfahrung nach nur kurze Einarbeitungszeiten erfordern, zu Lasten der Steuerzahler auf Probe einzustellen, sollte abgeschafft werden.

Sie wird beispielsweise vom Internethändler Amazon genutzt, um über tausend Beschäftigte zwei Wochen lang auf Kosten der Allgemeinheit im eigenen Betrieb arbeiten zu lassen. Völlig unabhängig davon, ob dies legal ist, ist eine solche Praxis abzulehnen. Beschäftigte sollten vom ersten Tag an von dem Unternehmen, das von der Arbeitskraft der Beschäftigten profitiert, auch bezahlt werden.

Des Weiteren fordert der Kreistag die Landesregierung NRW auf, dass:

1. Die Landesregierung sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass Firmen, die Erwerbslose zur Probe einstellen, diese auch vom ersten Tag an bezahlen.
2. Die Landesregierung auf die Arbeitsagenturen einwirkt, dass diese keine Zuschüsse mehr an Unternehmen zahlen, die mehrere hundert Beschäftigte zur Probe einstellen. Dies gilt insbesondere dann, wenn diese mehr als eine Woche in Probearbeitsverhältnisse vermittelt werden.
3. Die Landesregierung sich dafür einsetzt, dass Amazon das Entgelt für die geleisteten Arbeitsstunden an die Beschäftigten auszahlt und der Arbeitsagentur die erbrachten Leistungen für die Betroffenen erstattet.

Gez.

Hilmar Schulz  
Mitglied des Kreistags